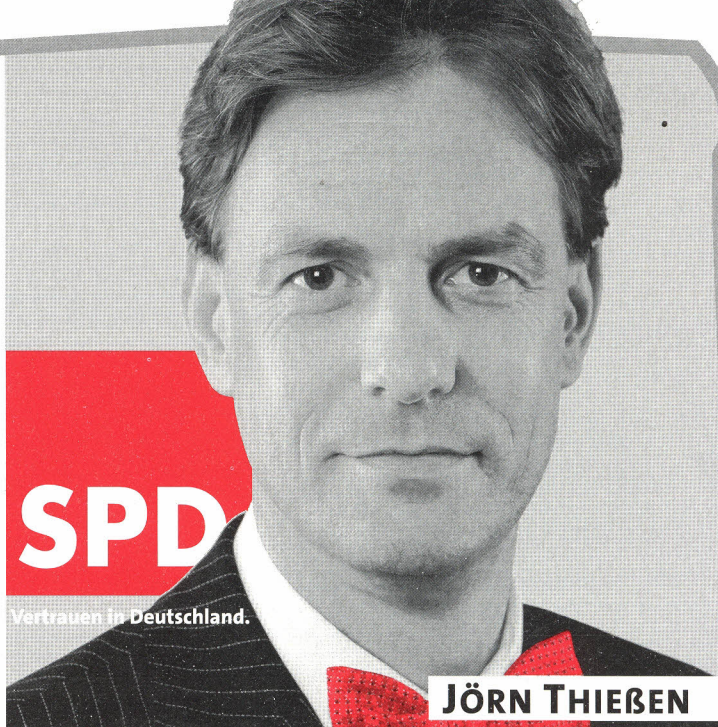


Rund um den Roland



SPD

Vertrauen in Deutschland.



JÖRN THIEßEN

Bürgerzeitung der SPD Bad Bramstedt

September 2005

30. Jahrgang

Einer der's kann ! - für uns nach Berlin: Jörn Thießen

Bad Bramstedt. "Er ist ein wahrer Glücksgriff für uns", mit diesen Worten beschrieb der Bad Bramstedter SPD-Vorsitzende Rainer Simon die Wahl Jörn Thießens zum neuen Bundestagskandidaten im Wahlkreis Dithmarschen-Süd, Segeberg-West.

"Es war nicht einfach jemanden zu finden, der in Dr. Cornelia Sonntags Fußstapfen treten kann," meint Simon, "doch mit so einem Lebensweg und solch guten Kontakten in die Berliner Politik haben wir einen ganz hervorragenden Mann gefunden." Er spielt damit auf den Lebensweg Thießens an, der ihn schon an verschiedenste leitende Stellen führte:

15.12.1961 Geboren in Kellinghusen (Holstein) - 1967 - 1981 Grundschule Sude West, Kaiser-Karl-Schule Itzehoe - 1980 - 1985 und 1986 - 1988 Juso-Landesvorstand, stellvertretender Vorsitzender - 1980 - 1992

Studium der Evangelischen Theologie, Germanistik und Geschichte der Medizin in Kiel und Berlin

1985 - 1987 Mitarbeiter der SPD-Landtagsfraktion, Büro Björn Engholm 1988 - 1993 Persönlicher Referent und stellvertretender Büroleiter des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Björn Engholm

1993/94 Assistent am Institut für Systematische Theologie in Kiel, zwei Jahre als Vikar in Hamburg Bahrenfeld 1994 Examen und Ordination zum Pastor der Nordelbischen Kirche

1995 Leiter der Presse-/Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstelle des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Hamburg Pastor in Hamburg-Barmbek

1997 Mitarbeiter im Büro des Oppositionsführers im Deutschen Bundestag, Rudolf Scharping

1998 - 2002 Persönlicher Referent und später Leiter des Ministerbüros des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping

seit 2002 Direktor und Professor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr

Simon: "Das sind alles beste Voraussetzungen, dass dieser Wahlkreis kompetent in Berlin vertreten wird. Und ich unterstütze Jörn Thießen bei seiner Kandidatur aus vollem Herzen."

Jörn Thießen:

Politik ist kein Anlernberuf

Seit 20 Jahren arbeite ich in Kiel, Bonn und Berlin hauptberuflich und ehrenamtlich in der Politik. Meine Erfahrungen habe ich in der Staatskanzlei Schleswig-Holstein, unter dem damaligen Ministerpräsidenten, im Bundesministerium der Verteidigung und in der Landtags- wie Bundestagsfraktion gemacht.

In der Landespolitik wie auf Bundesebene verfüge ich über viele langjährige Kontakte, auch zu Verbänden, Interessengruppen und zur Wirtschaft.

Auch meine Zeiten als Vikar und Pastor haben mich vor allem in sozialen Fragen sehr geprägt.

Politik ist ein Beruf, auf den man sich gründlich vorbereiten sollte. Das ist wichtig, damit der Wahlkreis von jemandem in den vorderen Reihen des Bundestages vertreten wird und nicht von der Hinterbank aus.



Jörn Thießen mit einem seiner Söhne

Impressum: Herausgeber: SPD Bad Bramstedt. V.i.S.d.P.: Jan-Uwe Schadendorf, Am Kapellenhof 3 a, 24576 Bad Bramstedt.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

bei der anstehenden Bundestagswahl geht es um eine Richtungsentscheidung. Sie entscheiden darüber, ob unser Land auch in Zukunft auf dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft aufbaut und die soziale Balance gesichert wird oder ob der Markt regellos wird. Sie entscheiden darüber, ob auch in Zukunft Deutschland stabil und verantwortungsvoll regiert wird oder ob plumper Populismus den Ruf Deutschlands in der Welt schädigt. Bundeskanzler Gerhard Schröder und die SPD haben in den vergangenen Jahren notwendige Reformen angepackt, um unser Land für die Zukunft zu rüsten.

Sieben Jahre für Deutschland.

Wir haben unser Land in den letzten sieben Jahren trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten nachhaltig modernisiert.

Wir haben eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes in Angriff genommen, die Steuern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich gesenkt und die Familien entlastet, die Alterssicherung auf eine stabile Grundlage gestellt, die Kosten im Gesundheitswesen erstmals deutlich gesenkt, die Ganztagschulen gefördert und das Kindergeld deutlich erhöht, mit dem begonnenen Atomausstieg den Weg für die Energiewende frei gemacht.

Mit der Agenda 2010 haben wir die größte Reform in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Es ist die richtige und die verantwortungsvolle Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Die Reformen beginnen zu greifen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Deutschland Friedensland.

Unter der Führung von Bundeskanzler Schröder hat sich Deutschland zu einer international anerkannten Friedensmacht entwickelt. Deutschland und sein Kanzler haben sich standfest gegen den Krieg im Irak gestemmt. Mit Frau Merkel in Verantwortung stünden deutsche Truppen heute in Bagdad - mit allen Konsequenzen. Wir brauchen auch weiter eine souveräne und kraftvolle Außenpolitik.

Jetzt suchen wir Ihre Unterstützung für wichtige und notwendige Vorhaben.

Gesundheitsvorsorge: Die Bürgerversicherung stellt das Prinzip der Gemeinschaft wieder in den Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems. Niemand soll sich mehr aus der gemeinschaftlichen Verantwortung verabschieden können. Auch Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen. Das macht unser System gerechter und stärkt den Zusammenhalt.



Diskussion in Bad Bramstedt: Rainer Simon, Björn Engholm, Jörn Thiessen

Mindestlöhne und

Existenzsicherung: Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Deshalb wollen wir durchsetzen, dass in den Bereichen, in denen sich die Tarifparteien nicht auf verbindliche Löhne einigen, ein Mindestlohn gilt. Das bringt den Beschäftigten Sicherheit und verhindert Lohndumping.

Kündigungsschutz: Der Schutz vor Kündigung gehört zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Diese Rechte garantiert nur eine sozialdemokratische Bundesregierung.

Wir wollen Deutschland erneuern. Aber wir wollen kein anderes Land.

Wir vertrauen darauf, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft den Gemeinsinn über den Egoismus stellen. Wir haben Vertrauen in Deutschland, und ich bin überzeugt davon, dass es auch für Sie gute Gründe gibt, mitzuhelfen.

Mit freundlichen Grüßen
Jörn Thiessen

Ich bin 43 Jahre alt und Vater von Ada, Jacob und Konstantin. Ich war Gemeinde-Pastor und bin heute Direktor und Professor eines sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitutes. Im Wahlkreis 3 bewerbe ich mich um Ihr Vertrauen, hier können Sie mich für die SPD in den Bundestag wählen.

Kontaktadresse: SPD Steinburg, Sandkuhle 12-16, 25524 Itzehoe, Telefonnummer 04821/2715, Faxnummer 04821/3930, Joern.Thiessen@spd-online.de, www.spd-steinburg.de

CDU/CSU-Steuerpläne schaden den Menschen.

Die Steuerpläne von Paul Kirchhof, dem „Finanzminister“ in Merkels „Schattenkabinett“, belasten massiv und einseitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gleichzeitig sollen Besserverdienende in großem Umfang entlastet werden.

STREICHUNG VON STEUERVORTEILEN FÜR ARBEITNEHMER

- ▶ Sparerfreibetrag, Pendlerpauschale, Trinkgelder, Versicherungsbeiträge, Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit sollen voll versteuert werden.

STREICHUNG VON STEUERVORTEILEN FÜR EHRENAMTLICHE

- ▶ Die Übungsleiterpauschale soll voll versteuert werden.

STREICHUNG VON STEUERVORTEILEN FÜR BEHINDERTE

- ▶ Behindertenpauschbeträge, Aufwendungen für Heimunterbringung und der Pflegepauschbetrag sollen voll versteuert werden.

STREICHUNG VON STEUERVORTEILEN FÜR FAMILIEN

- ▶ Mutterschaftsgeld, Krankengeld, Arbeitgeberleistungen zur Kinderbetreuung, Ausbildungskosten sowie Kinderbetreuungskosten sollen voll versteuert werden.

Hinzu kommen höhere Steuerbelastungen für viele andere Bereiche – mit der Folge, dass zum Beispiel

- ▶ der öffentliche Personennahverkehr,
- ▶ Theater, Museen und Zoos,
- ▶ Versicherungen und Leistungen im Gesundheitswesen teurer werden.

Gleichzeitig werden nach den Kirchhof-Plänen Besserverdienende mit einem Einkommen von 500.000 Euro jährlich um mindestens 80.000 Euro entlastet.

FAZIT: KIRCHHOF UND MERKEL SCHADEN DEUTSCHLAND

Die Steuerpläne von Paul Kirchhof sind sozial ungerecht. Zusammen mit der von Angela Merkel geplanten Mehrwertsteuererhöhung stellen sie eine akute Gefahr für die Binnenkonjunktur dar und schaden der deutschen Wirtschaft.



Die Bürgerversicherung: gerecht und solidarisch!

KLARE UNTERSCHIEDE IN DER GESUNDHEITSPOLITIK:

- Wir wollen ein gerechtes und solidarisches Gesundheitswesen, das allen gleichberechtigt den Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen garantiert. Wir wollen die Bürgerversicherung.
- CDU/CSU und ihnen nahestehende Verbände, z. B. der Bund der Steuerzahler, wollen aus der solidarischen Gesundheitsversorgung aussteigen. Besserverdiener sollen entlastet werden, medizinische Leistungen für Normalverdiener sollen zusammengestrichen werden.

DIE BÜRGERVERSICHERUNG IST SOLIDARISCH.

- Alle Bürgerinnen und Bürger werden versichert: Das Krankheitsrisiko muss niemand alleine schultern. Beamte werden ebenso versichert wie Selbständige, Politiker und alle Beschäftigten.
- Jeder zahlt in die Bürgerversicherung, jeder erhält die Leistungen, die nötig sind.
- Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten.

DIE BÜRGERVERSICHERUNG IST GERECHT.

- Auch die Gutverdienenden zahlen mit ihren hohen Einkommen in die Bürgerversicherung ein und beteiligen sich so an der Solidarität.
- Zwei Säulen tragen mehr als eine: Das Gesundheitswesen kann nicht allein durch die Erwerbseinkommen finanziert werden. Zinsen und andere Kapitaleinkommen müssen auch mitzählen.
- Wenn sich alle an der solidarischen Finanzierung beteiligen, kann der Beitragssatz sinken. So entlasten wir Beitragszahler und senken die Arbeitskosten.

DIE BÜRGERVERSICHERUNG STÄRKT DEN WETTBEWERB.

- Mit der Bürgerversicherung weiten wir den Wettbewerb der Kassen aus.
- Auch private Krankenversicherungen sollen sich dem Wettbewerb zu gleichen Bedingungen stellen. Wer privat versichert ist, muss auch wechseln können.
- Es geht um mehr Wettbewerb, um die beste Versorgung, nicht um mehr Geld im System. Die Strukturreformen müssen weitergehen.

DIE KOPFPAUSCHALE IST UNSOLIDARISCH.

- Alle zahlen das Gleiche: Manager genauso viel wie Hausmeister.
- Der notwendige Ausgleich zwischen gut und gering Verdienenden ist unfinanzierbar.
- Hohe Einkommen und gut verdienende Singles werden entlastet.

Bürgerversicherung: Die bessere Alternative!

Vertrauen in Deutschland.



SPD